

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 3/42. Jahrgang

März 2011

Schutzgebühr: 0,40 E

Die Arbeitsplatzvernichter von Poppe, Telekom, Uniklinik...

Liste 5

Bis Mitte 2012 will die Gießener Firma Poppe den Betrieb umstrukturieren und teilweise nach Norddeutschland verlegen. Unterm Strich, so die Betriebsleitung, sollen dabei 60 der bisher 360 Arbeitsplätze wegfallen.

Schaufenster-Antrag

Dieses im Kapitalismus stinknormale Geschäftsgebaren rief nun – es ist Wahlkampf – die Koalition aus CDU/Grüne/FDP auf den Plan, genau jene Parteien, deren Mitglieder und Gönner in Sachen Arbeitsplatzvernichtung führend sind. Indem sich der Bock zum Gärtner aufschwang wurde der Magistrat in einem Initiativ-Antrag aufgefordert, sich für den Erhalt dieser Arbeitsplätze einzusetzen. Genau dies hatte aber OB Grabe-Bolz (SPD) bereits getan und versicherte, es auch weiterhin zu tun, obwohl im Kapitalismus nun mal die Kapitalisten das Sagen haben.

Selbstredend wurde dieser Schaufenster-Antrag einstimmig angenommen. Vom Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst, bei der Telekom oder auch der von Roland Koch privatisier-

ten Uni-Kliniken Gießen/Marburg (s. Seite 4) war nicht die Rede.

Personalabbau am Klinikum

Bei der „Rhön AG“ ist Ende 2010 die Frist, innerhalb derer betriebsbedingte Kündigungen nicht ausgesprochen werden durften, abgelaufen.

Konkret drohen im Fahrdienst 12 Kündigungen; diese Kollegen hatten sich geweigert, in die neu gegründete „Service GmbH“ zu wechseln. Dorthin waren die Wäscherei, Küche, Teile der Verwaltung und die Fahrbereitschaft ausgegliedert worden, was für die Beschäftigten mit erheblichen Gehaltseinbußen verbunden war. Alles für den Profit der Aktionäre!

Insgesamt plant der Rhön-Konzern den Abbau von – zunächst - 250 der bisher 7200 Vollzeitstellen; bereits während der Verkaufsverhandlungen



wurde ein Job-Abbau von insgesamt 1000 befürchtet.

Hier schweigt die CDU

Hierzu kommt von der Koalition kein Ton, auch nicht von der Landesregierung, die noch 5% der Aktien besitzt. Vor fünf Jahren waren die Kliniken zu 95% an die Rhön AG verschleudert worden - zu einem Spottpreis von 112 Millionen Euro, die Gießener Chirurgie allein dürfte so viel wert gewesen sein. - Einer der Hauptaktionäre zu diesem Zeitpunkt war die Familie von und zu Guttenberg, die in den Jahren 1999 bis 2006 genau 747.764,36 Euro der Uni in Bayreuth – das ist die mit K.-T. gefaketer Doktorarbeit „spendeten“.

Erika Beltz

Inhalt:

Kommunalwahl/NPD/Schuldenbremse	S. 2
Stadtparlament/Antimilitarismus	S. 3
Uni-Klinik/Hartz IV/Interview	S. 4
Dr. Von und Zu.... /Guttenberg	S. 5
Urteil Gentechnik/Résistance/Buchtipps	S. 6
Nordafrika/Leserbriefe	S. 7
Termine	S. 8



Für Frieden und Sozialismus! DKP

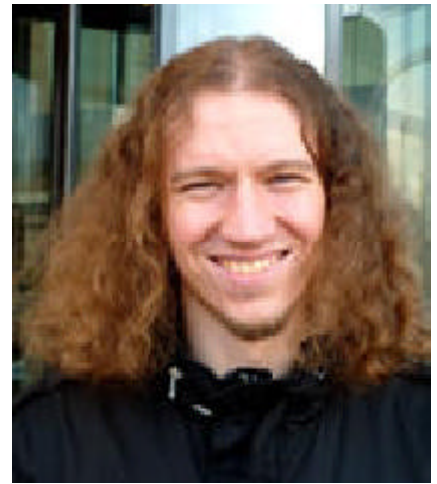
Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mein Name ist Jonas Ahlgrimm, ich bin 24 Jahre alt und Lehramtsstudent an der JLU. Ich kandidiere als Spitzenkandidat für DIE LINKE. zur Gießener Stadtverordnetenversammlung. Ich möchte gerne ins Stadtparlament, weil mir Kommunalpolitik am Herzen liegt. In keinem anderen Parlament ist der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern so ausgeprägt und so direkt wie in den Gemeindeparlamenten. Ich habe schon in meinen ersten Wahlkämpfen festgestellt, dass ich die Gespräche an den Infoständen schätze und dass es mich reizt, den Menschen bei Ihren Problemen zu helfen. Ich bin in einem politisch interessierten Elternhaus aufgewachsen. Meine Eltern wählten die Grünen, als diese noch Ökologie und Friedenspolitik mit Herz machten und waren in der Anti-Atomstrom, in der Friedensbewegung und in der Frauenbewegung aktiv. Als ich das erste mal wahlberechtigt war, hatten sich die Grünen und auch die SPD soweit von meinen Herzensangelegenheiten entfernt, dass ich sie nicht wählen konnte. Zu dieser Zeit wurde über eine Fusion von WASG und PDS gesprochen und ich schloss mich diesem Projekt an. Das Engagement für Soziale Gerechtigkeit auf nationaler wie internationaler

Ebene, Gleichberechtigung, Friedenspolitik und den Erhalt unserer Natur wurden mir in die Wiege gelegt und ich möchte diese Grundsätze ins Parlament tragen.

Ich wende mich gegen Prestigeprojekte anstelle von sozialpolitischen Maßnahmen, ich streite für eine gute Ausstattung von Schulen mit PCs, altersgerechten Tischen und Stühlen und naturwissenschaftlicher Ausstattung etc., für den Erhalt des Stadttheaters (wer kulturelle Teilhabe fordert, muss auch Kultur bieten) und die Unterstützung von finanziell Schwachen durch das Anbieten von kostenlosem Schulessen, Unterstützung bei Klassenfahrten und Schulausstattung und vor allem durch die Aufstockung des Gießen Passes, reduzierte Gebühren und einen fairen Mietspiegel als Maßstab für das Jobcenter..

Ich bin totaler Kriegsdienstverweigerer. Ich habe sowohl den Wehrdienst, als auch den Zivildienst verweigert.



Ich spreche mich daher vehement gegen Zwangsdienste und folgerichtig auch gegen die obligatorische Bürgerarbeit, und gegen 1-Euro-Jobs (moderne Sklaverei) aus.

Ich hoffe, dass Sie mich dabei unterstützen, die vier neoliberalen Parteien durch das konsequente Kritisieren von Missständen ordentlich unter Druck zu setzen.

Mit solidarischen Grüßen,
Jonas Ahlgrimm

Faschisten aufhalten! NPD-Aufmarsch verhindern

Am 16. Juli will die neofaschistische NPD in Gießen eine Demonstration durchführen. Immer wieder haben die Faschisten versucht, in Gießen Fuß zu fassen. Dank der andauernden Gegenwehr von Antifaschisten konnte dies bisher verhindert werden. Sie nutzen die anhaltende Wirtschaftskrise und die Verunsicherung der Menschen als Ausgangspunkt für ihre soziale Demagogie. Nicht der Kapitalismus ist die Ursache der Krise, sondern die „Ausländer“, „volksfremde Kräfte“ und das „internationale jüdische Finanzkapital“. Die Lösung ist einfach, aus dem kapitalistischen Manager wird der deutsche Wirtschaftsführer, an Stelle von Klassengegensätzen tritt der Volksegensatz und an die Stelle von Frieden tritt Krieg. Setzen wir an die Stelle faschistischer Gewalt Solidarität, Internationalismus und antifaschistischen Widerstand.
Henning Mächerle



Wie das Kapital die Schulden bremst

SPD-Ministerpräsidentin von NRW, Hannelore Kraft, sagt in einem „Spiegel“-Gespräch, was von einer staatlichen Schuldenbremse, wie sie CDU-SPD-Grüne auch Hessen verpassen wollen, zu halten ist. Frau Kraft: „Inzwischen ist es fast normal, dass der Staat Hunderte Milliarden für die Rettung von Banken in ganz Europa vorsieht. Aber wenn man überschaubare Summen in die Zukunft unserer Kinder investieren will, in Kitas, Schulen und eine kostenlose Hochschulbildung, kommt der Vorwurf der Schuldenmacherei. Das verstehen die Menschen nicht. Und es ist auch nicht zu verstehen.“ Na ja, zu verstehen ist das schon. Wir leben im Kapitalismus und da geht Profit den Bedürfnissen der Menschen vor. Der „Spiegel“ fragt sodann, wie die Ministerpräsidentin da die Schuldenbremse des Grundgesetzes einhalten will. Frau Kraft: „Ich bin davon überzeugt, dass der Bund die selbstverordnete Schuldenbremse als erster nicht einhalten wird... In seinem aktuellen Finanzbericht hat er ja schon dargelegt, dass die gesamtwirtschaftliche Lage sich erst bis zum Jahr 2014 normalisiert haben wird.“ Die „Normalisierung“ kommt also gerade zur Gartenschau in Gießen zurecht. Verlassen sollte man sich darauf allerdings nicht. Fiete Krümel

Aufregung im Stadtpalament

Anträge der Linksfraktion beherrschten weitgehend die Diskussion im Stadtpalament, darunter sechs Anträge von Michael Beltz (DKP), die durchweg nach schlechtem parlamentarischen Brauch niedergestimmt wurden.

Keine Ehrung für Ria Deeg

Der Antrag, Ria Deeg in das Ensemble Gießener antifaschistischer Frauen in der Plockstraße aufzunehmen, hat die Koalition von CDU/Grüne/FDP mit einem billigen Trick zurückgewiesen. Zwar versicherte Frau Wagener (CDU), mit diesem Antrag würde bei ihnen „offene Türen eingernannt“, um dann aber einen Alternativantrag zu stellen: erst müsse ein Konzept erarbeitet werden, welche Persönlichkeiten, wann und in welcher Form geehrt werden sollten. Also eine Verschiebung auf den Sankt Nimmerleinstag. Die Gedenksteine in der Plockstraße erklärte sie ohne jegliche Begründung für „abgeschlossen“, worauf Michael Beltz feststellte: „Das Gegenteil ist der Fall: Dieses Ensemble Gießener Antifaschistinnen wäre ohne die Ergänzung durch Ria Deeg unvollständig!“ Lediglich die SPD stimmte nach einem persönlichen und würdigenden Beitrag der Stadtverordneten Dr. Krauthaus der Linksfraktion zu, ebenso die Bürgerliste. Eine Extra-Ausgabe des Gießener Echo mit dem Wortlaut des

Antrages sowie der mündlichen Begründung kann auf Wunsch zugesandt werden.

Hurra für Bundeswehr

Die größte Aufregung verursachte der Antrag, die Stadt möge in Absprache mit den Schulleitern dafür sorgen, daß die Bundeswehr keine Propaganda in Gießener Schulen veranstaltet (s. Gießener Echo Nr. 1/11). Da gerieten die Militaristen aus dem Gleichgewicht; insbesondere Berufssoldat Zippel a.D. (Freie Wähler), dem "die Galle hochkam", aber auch die Stadtverordneten Grothe (Grüne) und Dr. Greilich (FDP) überboten sich im Lob der Kriegsmarine, die z.B. in Afghanistan Frauen und Kinder tötet, und schossen (verbal) wild um sich. Ihnen liegt der Nachwuchs für Kanonenfutter mehr am Herzen als die Erziehung zu Frieden und Solidarität. Noch Stunden später, als Stadtverordneter Grothe Unsinn sprach, wollte er dies mit seiner Aufgebrachttheit wegen Beltz entschuldigen. Dabei fand dieser sich in bester Gesellschaft: **nicht nur die DKP ist gegen Bundeswehrpropaganda an den Schulen, sondern auch: Gewerkschaft, Terre des Hommes, Unicef, die Kindernothilfe und das Katholische Missionswerk Missio, die die Werbung der Bundeswehr**



an Schulen und die Rekrutierung Minderjähriger kritisieren. Auch der Bayrische Elternverband wehrt sich „dagegen, dass die Bundeswehr in Schulen um Nachwuchs wirbt“. Alles Alt- und Neokommunisten, wie FDP-Greilich schäumte?

Knochenbrüche akzeptiert

Während Hausbesitzer, Geschäftsleute und normal Sterbliche hatten, wenn sie im Winter die Wege nicht anständig räumen, nimmt die Stadt Gießen sich das Recht, alles liegen zu lassen. Der Antrag, nach Schneefall die Straßen so zu räumen, daß sie begehbar sind, wurde abgelehnt.

Gebühren nach Strom-Sper- rung werden geprüft.

Der Antrag, die Gebühren in Höhe von 92 Euro, die die SWG kassieren, wenn eine Stromsperrung aufgehoben wird, wurde zurückgestellt. Auf Anregung der Stadtverordneten Bietz (SPD) soll erst geprüft werden, wieviel Haushalte davon betroffen sind. Im Jahr 2006 waren dies 1306. E.B.

Antimilitarismus-Aktion zur "Chance 2011"

Am Sonntag, den 16.01. haben Antimilitaristen die Besucherinnen und Besucher der Ausbildungsmesse mit Satire-Flyern und Infomaterial der SDAJ zum Thema Bundeswehr überrascht. Denn dort war auch die Bundeswehr mit einem Stand vertreten, um Werbung für ihre Kriegseinsätze zu machen und junge Men-

schen zu begeistern, sich als Kanonenfutter für Afghanistan zu verpflichten. Die sieben Aktivisten haben jede Menge Material ausgeteilt und mit den Besuchern gesprochen. Aufsehen erregt wurde auch durch ein Transpi und die spontane Rede eines Genossen. Außer dem Wechseln der Straßenseite gab es keine

besonderen Vorkommnisse mit Polizei oder Sicherheitspersonal.- Es war eine wichtige und gelungene Aktion; ganz nach dem Motto der Satire: „Ressourcensicherung, Aufständischenvernichtung, Negerscheuchen, Rumballern: Bundeswehr. Karriere, die einschlägt“



Privatisierung der Uniklinik rechtswidrig

Das Bundesverfassungsgericht hat das Gesetz zum Verkauf der Unikliniken Gießen und Marburg in Teilen für nicht verfassungsgemäß beurteilt. Das heißt, dass die Rechte der Beschäftigten beim Verkauf nicht in gesetzlicher Weise beachtet wurden. Geklagt hatte eine Krankenschwester mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft ver.di. Was nun? Zunächst ist die Frage nach der Verantwortung zu stellen. Wer hat dieses nicht verfassungsgemäße Gesetz zu verantworten? Antwort: Die Regierung unter Roland Koch. Was heißt das nun in der Umsetzung? Immerhin liegen seit dem Verkauf der Uni-Klinik Gießen fünf Jahre zurück. Die DKP fordert die umfassende Berücksichtigung der Rechte der Beschäftigten, eine entsprechende Entschädigung, falls einzelne Beschäftigte oder die Mitarbeiter als Ganzes Nachteile erlitten haben, und die Rücknahme des Verkaufes, da das dem Verkauf zugrunde liegende Gesetz keinen Bestand vor dem Bundesverfassungsgericht hatte.

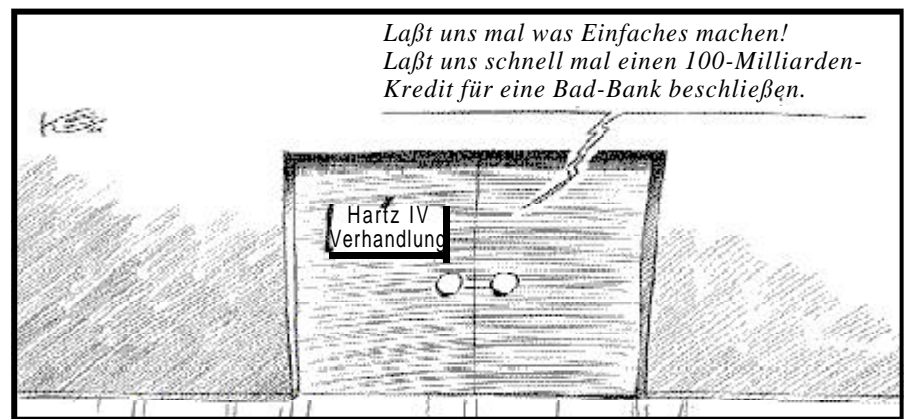
Die DKP Gießen bleibt dabei: Keine Privatisierung der Krankenfürsorge und des Gesundheitswesens. Die Gesundheit der Menschen darf nicht dem Profitstreben des Kapitals unterworfen werden. K.S.

Hartz IV: ein erbärmlicher Kompromiss

Wie erwartet, endete die „große“ Diskussion um die „Erhöhung von Hartz IV“. Nachdem das Bundesverfassungsgericht angemahnt hatte, dass es bei der Höhe der Hartz IV Leistungen keine Transparenz gibt, musste neu festgelegt werden. Und siehe da, nach langem Palaver kam nun über einen sogenannten Vermittlungsausschuß der große Wurf heraus. Ab 1.4. gibt es rückwirkend zum 1.1.11 für Alleinstehende 5 Euro mehr im Monat. Und nächstes Jahr zum 1.1. noch mal 3 Euro mehr.

Dies ist nach Auffassung der DKP alles andere als eine Erhöhung, die zu einem bedarfsgerechtem Betrag von Hartz IV führen. Wir halten auch die neue Regelung nicht für verfassungskonform, das üble Jahrmarktgeschreie und Verhandeln der Beteiligten hat ja nun nix mit der geforderten Transparenz zu tun. Die zusätzlichen Positionen, wie die Einstel-

lung von bundesweit 3.000 Schulsozialarbeitern sind sowieso notwendige Schritte und die Umsetzung des weiteren „Bildungspaketes“ wird Kinder von Langzeitarbeitslosen weiter benachteiligen. Dass insbesondere die SPD, die diese Armutsgesetzte mit Schröders Agenda 2010 beschlossen hat, sich nun „sozial“ aufspielt, ist erbärmlich. Wir teilen die Kritik der Gewerkschaften, dass die angepeilten Mindestlöhne, die in den Verhandlungen vereinbart wurden, völlig unzureichend sind und weiter schlechtbezahlte Beschäftigung ermöglichen. Für die Erhöhung der Hartz IV Leistungen um 5 Euro dieses Jahr und 3 Euro nächste Jahr wurden acht Wochen gebraucht... Die Banken mit 480 Milliarden Euro zu beglücken, wurde von den gleichen Parteien in einer Woche durchgedrückt.- Es bleibt dabei: Hartz IV muß weg! K.S.



„Mein Engagement galt schon früh der arbeitenden Bevölkerung“

Interview mit Helmut Appel, 60 Jahre, seit 1967 Mitglied HBV/Verdi, seit 1973 in der DKP, Betriebsrat in einem der größten Handelskonzerne, in dieser Funktion viele Jahre Vorsitzender und langjährig freigestellt, aktiver Fußballer bei SpVg Blau-Weiß und für diesen Verein beauftragt für Verhandlungen mit der Stadt wegen der Landesgartenschau

Gießener Echo: Nenne Gründe, warum Du als Kommunist in der Gewerkschaft arbeitest.

Helmut Appel: Mein Interesse und mein Engagement galt schon in frühesten Jugend der arbeitenden Bevölkerung, was an meinem ausgeprägtem Gerechtigkeitssinn liegt.

So war ich Klassensprecher und bin über die Gewerkschaftsjugend und die SDAJ in die DKP eingetreten. Dort habe ich mein theoretisches Rüstzeug gerade auch für die Arbeit in der Gewerkschaft erworben.

Gießener Echo: Was sind deine wichtigsten Ziele, für die du im Interesse

der Kolleginnen und Kollegen eintrittst?

Helmut Appel: Da nenne ich nur Stichworte: Arbeitsplatzsicherheit, Einhaltung von Tarifverträgen - das erwähne ich deshalb, weil über die Hälfte der Handelsbetriebe nicht tarifgebunden sind, sowie Rente ab 60 nach höchstens 40 Beitragsjahren ohne Abzüge.

Gießener Echo: Bist du mit dem Eintreten der Gewerkschaften für Erwerbslose und Menschen mit Niedriglohn zufrieden?

Helmut Appel: Leider sind die Gewerkschaften mit ihren Hauptvorständen erst spät gegen Hartz IV aufge-

treten.

Da waren Erwerbslosenverbände und gewerkschaftliche Gremien weiter als die Hauptvorstände. Es bleibt dabei: Hartz IV muss weg!

Gießener Echo: Wie stehen die Vorbereitungen zum 1. Mai?

Helmut Appel: Die Vorbereitungen laufen. Am Vorabend tritt die „Mikrophone Mafia“ auf, am 1. Mai selbst veranstalten wir wieder eine Demonstration durch die Nordstadt mit Abschluss auf dem Kirchenplatz. Hiermit ruf ich alle, die die gewerkschaftlichen Forderungen unterstützen wollen, zur Teilnahme auf.

Dr. Von und Zu und noch ein paar Probleme

Es herrscht in der Bevölkerung vielfach das Gefühl, die Politiker in unserem Lande, und nicht nur dort, seien nicht mehr das, was sie mal waren. Da kommt dann ein Dr. Von und Zu daher nach dem Motto „Frechheit siegt!“ und viele liegen vor ihm voll Bewunderung auf dem Bauch.

Dabei steht er für den blutigen und nicht zu gewinnenden Krieg in Afghanistan, den 75 Prozent der Deutschen ablehnen. Dann kommt nun heraus, dass er in seiner Doktorarbeit 180 Zitate „versehentlich“

ohne Quellenangabe abgekupfert hat, was an der CSU-Uni Bayreuth die Bestnote „summa cum laude“ (mit höchstem Lob) nicht verhinderte. Nach vielfachem Protest findet der Herr Doktor selbst die Arbeit so schlecht, dass er den Titel möglichst schnell vergessen will.

Das also sind unsere Politiker. Aber Hochstapler, Nullen, Blender stellen nur ein Krankheitssymptom dar. An die politische Oberfläche gespült werden diese Politiker durch die unheilbare Alterskrankheit des Kapitalismus. Die lässt jetzt die Inflation zurückkehren. Da setzte 2007 eine Krise der gesamten Weltwirtschaft ein, in der Frau Merkel und Finanzminister Steinbrück nach eigenen Worten „in den Abgrund sahen“. Man hat noch ihre belämmerten Gesichter vor Augen, als sie „die Sicherheit der Spareinlagen“

versprechen, damit wir nicht die Geldautomaten stürmen sollten. Wobei man uns nebenbei belogen hat, indem Merkel-Steinbrück bewusst nicht sagten, dass dies eine rechtsunverbindliche Erklärung war. Man wusste sich damals nicht anders zu helfen, als die fehlende Nachfra-

ge, die zur Krise führte, durch kreditfinanzierte Konjunkturprogramme astronomischen Ausmaßes zu kompensieren. Die USA-Notenbank Fed und die EZB warfen die Notenpressen an, so dass die Staatsschuld der USA auf 14 Billionen Dollar hochschnellte, die deutsche auf 2 Billionen Euro. Schulden ohne Ende sind aber nicht möglich, wie z. B. William White, ehemaliger Chefökonom der Bank für Internationale Zusammenarbeit, in der

stockkonservativen FAZ sagt. Was also nun? In einem „Spiegel“ vom Februar sagt Mohamed El-Erian, Chef des weltgrößten Investors Pimco: „Die USA werden ihr Problem weginflationieren... Sie inflationieren die ganze Welt.“ Das heißt, die Staaten werden ihre Schulden mit wertlosem bunten Papier begleichen. Und die ökonomische Zukunft der Welt im Kapitalismus? Der Pimco-Chef: Es führt „ein holpriger Weg in die neue Normalität: dauerhaft schwaches Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit und eine Neuausrichtung der Weltwirtschaft.“ Deutschland ist da keine Insel der Seligen, auch wenn uns windige Wirtschaftsinstitute „7 fette Jahre“ versprechen. Es sind die krebserkrankte Ökonomie (und die schon nicht mehr umkehrbare ökologische Zerstörung!), die unseriöse Politiker hervorbringen. Nicht nur die Nasen der Regierenden, nein, die Verhältnisse gilt es zu ändern.

Klaus Mewes

„Die kapitalistische Produktion entwickelt nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ Karl Marx: Das Kapital. Erster Band 1867.

"Schlampiges Einkaufen"

Erwin Pelzig zum "schlampigen Zitieren" (wie es die BILD-Zeitung nennt) Guttenbergs: **"Schlampiges Zitieren? Das ist gut. Was ist denn dann Ladendiebstahl, schlampiges Einkaufen?"**

(in "Neues aus der Anstalt", 22.2.11)

Berichtigung

Die Zahlen über die Wohnungen im Dachcafé waren nicht korrekt: Von insgesamt 94 Wohnungen standen zu diesem Zeitpunkt seit letztem Sommer noch 9 leer.



Soll er? Oder soll er nicht?

Die Rücktrittsfrage im Fall Guttenberg scheint entschieden. Er weigert sich, Merkel stützt ihn und das deutsche Volk hofiert ihn – und beweist damit ein hohes Maß an politischem Durchblick.

Schließlich hat er seinen Doktor-Betrug eingeräumt, alles andere ist gewöhnlicher Politiker-Job.

Und hier wird gelogen und betrogen von A bis Z, von Adenauer bis Zumwinkel. Daß Strauß das Parlament belog, daß Barschel einen Meineid schwor, daß Fischer sich eine Aus-

schwitz-Lüge ausdachte und Scharping mit Totenköpfen kickende Serben halluzinierte, daß die Politiker sich und ihren Auftraggebern in der Wirtschaft zig Millionen zuschanzen, das alles und noch viel mehr ist bekannt, wird geduldet, gehört dazu. So gesehen paßt Karl-Theodor auf seinen Kriegsministersessel wie der Arsch auf den Eimer, womit nicht gesagt ist, wie lange er da bleibt. Wenn er Merkels Machtstrukturen zu nahe kommt, kann sie sich es noch anders überlegen... E.B.

Uni Gießen: Hausverbot für Gen- technik-Kritiker

Wenn es um Gentechnik in der Landwirtschaft geht, trifft man auf einen dicken Filz aus Konzernen, Behörden und Wissenschaft. Ohne diesen Filz gäbe es diese sogenannte grüne Gentechnik nicht, denn schon bald nach den ersten Versuchen war klar, daß es für ihre Produkte keinen Markt gibt, daß niemand außer den Agrarkonzernen einen Nutzen davon hat und daß die Natur dadurch ärmer an Arten wird. Einer, der diesen Filz erkundet und öffentlich macht, ist Jörg Bergstedt von der Projektgruppe Saasen, der schon viele Artikel und Bücher dazu geschrieben und publiziert hat. Zu seiner Arbeit gehört natürlich auch, daß er sich dort, wo die Gentechnik zuhause ist, ab und zu mal umsieht. Im Rahmen seiner Recherchen hat er in einem Uni-Institut Aushänge am Schwarzen Brett abfotografiert. Ein Institutsmitarbeiter wollte ihn daran hindern und wegschicken, was er sich natürlich nicht einfach gefallen ließ. Die Unileitung reagierte mit einem Hausverbot für das gesamte Uni-Gelände für drei Jahre. Alle Unimitarbeiter wurden vom Präsidenten angewiesen, beim Anblick von Bergstedt sofort die Polizei zu holen. Damit macht sich die Uni zum Büttel der Agrarkonzerne, die nichts so sehr fürchten wie die Offenlegung ihrer Machenschaften. Vom Verwaltungsgericht wurde dieses Hausverbot jetzt bestätigt, obwohl die Uni keine Hausordnung vorweisen konnte, die ihrem Vorgehen eine rechtliche Grundlage gibt. Die Justiz ist anscheinend der vierte Beteiligte an dem eingangs genannten Filz.

Gernot Linhart

Ein Résistance-Kämpfer bei der DKP

Die Plätze reichten nicht aus, als Hans Heisel auf der Veranstaltung der DKP Gießen über seinen Widerstandskampf in der Résistance während der NS-Besatzung in Paris berichtete. Knapp 50 Besucher, darunter viele junge Menschen, waren ins Versailles-Zimmer der Kon-

fer antifaschistische Propaganda unter den deutschen Soldaten zu bewältigen waren, erzählte Hans mit Spannung, aber auch mit Humor vor einem sehr aufmerksamem Publikum. Den Résistance-Kämpfern in Frankreich – auch und gerade den Kommunisten – werden bis heute höch-



Hans Heisel (Mitte) erzählt: links Michael Beltz, rechts Henning Mächerle

greßhalle gekommen. Als unpolitischer Soldat war Hans 1940 zur Marine nach Paris eingezogen worden, hatte dort Bewußtsein über das verbrecherische NS-Regime entwickeln können und sich schließlich der Résistance und der illegalen KPD angeschlossen. Wie der lebensgefährliche Kampf organisiert war, welche Schwierigkeiten bei

ste Ehren zuteil, die in der BRD undenkbar sind.

In diesem Zusammenhang informierte Michael Beltz über die Ablehnung einer Ehrung von Ria Deeg (s. S.3) im Stadtparlament und unterstrich die Notwendigkeit des antifaschistischen Kampfes heute und die Verhinderung des geplanten Nazi-Aufmarsches in Gießen.



Probeexemplar bzw. 10 Wochen gratis-Abo (endet automatisch):

**UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482,
E-mail: UZAbo@t-online.de
www.unsere-zeit.de**

Der Sprung in die Freiheit...

...gelang 1962 dem verhafteten Kommunisten Angenfort aufgrund seiner schlanken Handgelenke, die es ihm ermöglichten, seine Fesseln abzustreifen und zu fliehen. Bereits in den 50er Jahren war er als Vorsitzender der FDJ und Landtagsabgeordneter der KPD – unter Bruch seiner Immunität – verhaftet und zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die spannende Lebensgeschichte Angenforts (1924 - 2010), erzählt von ihm selbst und aufgeschrieben von Hannes Stütz, ist jetzt im PapyRossa Verlag erschienen. Das Buch kostet 17 Euro und kann beim Echo bestellt werden (auf Wunsch kostenlose Zusendung).



Nordafrika: Konzerne kontra Menschenleben

Die Volksaufstände in Nordafrika - von Marokko bis Jordanien - hat wohl niemand voraussehen können; auch im Irak ist der Widerstand gegen die Besatzer und deren Vasallen wieder erstarkt. Die vom Westen gehätschelten und unterstützten Regierungschefs, ob sie sich „Präsident“, „König“ oder „Revolutionsführer“ schimpfen, haben sich jahrzehntlang Vermögen angehäuft, während das Volk darbt und die arbeitslose Jugend keinerlei Chance hatte.

Anfangs hielten sich die USA sowie die EU noch bedeckt, wo sie doch sonst wie im Iran oder Weißrußland sofort auf Seiten der Opposition stehen. Jahrzehntlang haben sie Mubarak und die anderen Despoten unterstützt, haben ihnen Waffen geliefert und deren Sicherheitskräfte ausgebildet, die ihre Folterkenntnisse gerne auch den USA (u.a.) zur Verfügung stellten. Jahrzehntlang waren sie deren verlässliche Bündnispartner, die im Gegenzug dafür sorgten, daß die hungernden Menschen auf dem afrikanischen Kontinent blieben und nicht nach Europa fliehen konnten, bzw. wieder zurückverfrachtet wurden. Einer der Hauptakteure und -nutznießer dieses Deals ist Gaddafi. Zur Erinnerung: es war der SPD-Innenminister Schily, der 2007 forderte, „Auffanglager“ in Nordafrika einzurichten, und es war Gaddafi, der dem nachkam und seitdem mit Geld, Schiffen und Grenzüberwachungstechnik be-

liefert wird. Aufsehen erlangte damals noch die Nachricht über die Lieferung von 1000 Leichensäcken an Libyen. Und die Flüchtlingszahlen sanken von 70.000 (2008) auf 45.000 (2009) und 2010 waren sie so gering, daß der Bericht ausfiel.

Nun erwägt die EU nicht nur Sanktionen, sondern auch militärisches Eingreifen in Libyen; die Interessen der deutschen Konzerne, die dort mit der Ölförderung riesige Gewinne machen, müssen gewahrt bleiben. Die „Revolutionen“ in Ägypten und Tunesien werden „begrüßt“ und Hilfe beim „Aufbau der Demokratie“ angeboten. Was das heißt, liegt auf der Hand: Ziel ist die Einrichtung nach Westen orientierter Regime, die die Eigentumsverhältnisse unangetastet lassen und das Volk mit Reförmchen still stellen. M. Beltz

Die Zusammenarbeit Europas mit dem Folterstaat Libyen ist das blutigste Kapitel europäischer Flüchtlingspolitik. Ende August forderte der libysche Diktator von der EU jährlich mindestens 5 Milliarden Euro für die Flüchtlingsabwehr. Bis Ende 2010 will die EU ein Kooperationsabkommen mit Libyen abschließen, um die Zusammenarbeit im Bereich Migration und Flucht weiter zu intensivieren. Bereits seit Jahren hofieren die EU und ihre Mitgliedstaaten Gaddafi, um den Fluchtweg nach Europa zu sperren. Das Regime wird mit Waffen, Schiffen, Fahrzeugen, Leichensäcken und Geldern für Abschiebungsflüge und Haftanstalten beliefert. PRO ASYL appelliert an das Europaparlament, aktiv zu werden. (PRO ASYL am 17. Sept. 2010)



Leserbriefe

Wo bleibt der hippokratische Eid?

Heute sind der überwiegende Teil der Ärzteschaft Geschäftsleute. Sie geben die zunehmenden Kosten, des Sparens und die aufwendige Bürokratie in erster Linie an kassenärztlich versicherte Patienten weiter, um selber auf relativ hohem Niveau überleben zu können. Notwendige Behandlungstermine, z.B. bei Psychiatern, Neurologen oder Orthopäden, werden nicht rechtzeitig anberaumt, oft nach vier bis sechs Wochen Wartezeit. Doch wo bleibt der hippokratische Eid? - Hippokrates geboren ca. 460 vor unsere Zeitrechnung und gestorben um 370, so der Duden, war griechischer Arzt und Begründer wissenschaftlicher Heilkunde: „Scharfe Formulierungen der Diagnose aufgrund eingehender Beschreibung des Krankheitsbildes, verantwortungs-

bewußtes ethische Haltung“ (zit. n. Duden) sind die Grundlagen dieses Eides. Dies gilt auch heute noch; für gesellschaftliche Anteile an Erkrankungen und deren Heilung gilt dies ebenso! So könnte die Medizin eine gesellschaftskritische Disziplin werden, die nicht nur an Profit denkt. **Uwe Moldenhauer**

Wer kann helfen?

Auf dem privaten Wohnungsmarkt ist man nicht willkommen oder die Miete ist nicht zu bezahlen! Die Wohnbau ist leider keine große Hilfe – sie bietet das Letzte vom Letzten an! Z.B. eine Wohnung mit einem einzigen Ofen für die ganze Wohnung; und das beste: der Ofen ist von 1978 und ist defekt – laut Vermieter. Andere wie ProImmobilien und GWH haben nie eine freie Wohnung! Gibt es nette Menschen, die weiterhelfen oder eine Wohnung vermieten möchten? Ich wäre auch über ein Jobangebot erfreut,

wenigstens ein Halbtags-Job. Tel.-Kontakt über die Redaktion

Warum noch Rente einzahlen?

Immer mehr Menschen fragen sich, warum sie überhaupt Rentenbeiträge zahlen, wenn sie am Ende ohnehin nur die Grundversicherung bekommen, von der niemand leben kann. - Notwendig ist wieder die Koppelung der Rente an die Lohnentwicklung. Wenn wirklich alle an die Rentenkasse zahlen, ist das zu finanzieren! Jung und alt dürfen sich nicht ausspielen lassen. **Kurt Venohr, 76 Jahre, Rentner**

Azubis mit Nebenjob

Jeder vierte Auszubildene jobbt wegen Geldmangels zusätzlich, um genug Geld für Miete oder Lebensmittel zu haben. Im zweiten Jahr verdienen Lehrlinge im Schnitt 478 Euro netto. Das alles und mehr ist möglich in Deutschland.

Falk Moldenhauer



Anti-Atom-Menschenkette und der anschließenden Demonstration in Stuttgart am 12. März.

Kurz vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg gibt es 45 Kilometer Protest gegen Atomkraft mit einer riesigen Menschenkette, vom AKW Neckarwestheim bis nach Stuttgart.

Bus hält in Gießen

Das Anti-Atom-Plenum-Marburg organisiert Busse, die in Gießen anhalten. Alle die mitfahren wollen, können sich ab sofort Tickets auf der Homepage des Anti-Atom-Plenums-Marburg reservieren: www.anti-atom-marburg.de, dort auch alle Daten dazu.

Liebe Leserinnen und Leser,

wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren für 2011 - und wir bitten um Spenden.
Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025

Redaktionsschluß für das März-Echo: 24.3.11

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet:

<http://www.dkp-giessen.de>

Ich möchte:

- Mitglieder der DKP kennenlernen
- das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
- das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden
- das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse:

e-mail:

Veranstaltung der DKP Gießen

Revolution in Arabien

Referent: Prof. Werner Ruf, Politologe, Kassel

Wann: Donnerstag, 17. März. 2011

Wo: Café Amélie, Walltorstr. 17 (DGB Haus)

Zeit: 19.00 Uhr

weitere Termine der DKP

Mitgliederversammlung: Donnerstag, 10. März, 19.30 Uhr.

Info-Stände: Samstag, 5.3., 12.3., 19.3., 26.3., Kreuzplatz 7 (Kugelbrunnen)

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV

8. März:

100 Jahre Internationaler Frauentag



Der Internationale Frauentag entstand im Kampf um Gleichberechtigung, um bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten. Die Kämpfe richteten sich auch gegen die unzumutbaren Wohn- und Lebensbedingungen und gegen den Ausschluss von Frauen von Wahlen. Dieser Kampf war immer Bestandteil der Kämpfe der Arbeiterbewegung um wesentliche politische sowie soziale Grundrechte und um die grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Der erste Internationale Frauentag fand auf Initiative der Kommunistin Clara Zetkin am 19. März 1911 statt.

Er ist als Kampftag für Gleichberechtigung und Emanzipation heute so notwendig wie damals.

Dortmund, 24.-26. Juni UZ-Pressesfest der DKP

Soli-Button zum UZ-Fest



für 5 € sofort erhältlich

Vom 24.-26. Juni findet in Dortmund im Revierpark Wischlingen das 16. UZ-Pressesfest - Volksfest der DKP statt, mit dem die Deutsche Kommunistische Partei für ihre Politik und für ihre sozialistische Wochenzeitung UZ wirbt. Die Feste sind zum größten und schönsten Fest der Linken in Deutschland geworden. Wer beim Auf- und Abbau sowie während des Festes helfen möchte, bitte melden.

